

Gemeinden gehen mit Freibädern finanziell baden

Steuerzahlerbund fordert Schließung von unwirtschaftlichen Badeanstalten / Löhne in der Region vorbildlich

Kreis Vechta (stf/tho) – Viele Freibäder in Niedersachsen müssten wegen Unwirtschaftlichkeit geschlossen oder privatisiert werden. Das fordert der Bund der Steuerzahler Niedersachsen und Bremen.

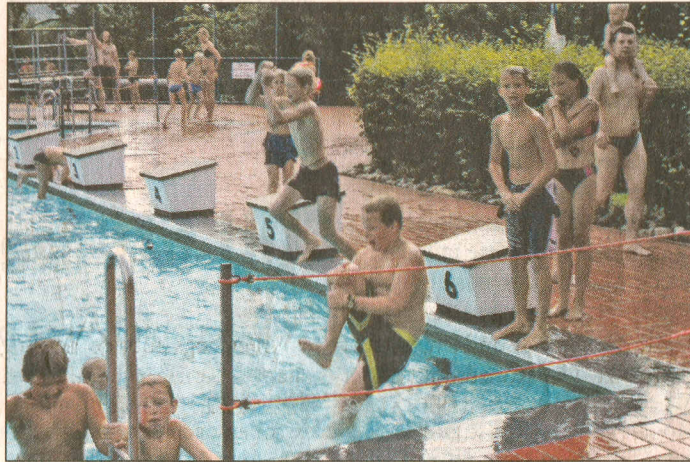
Nur knapp jedes vierte Freibad finanzierte im vergangenen Jahr die laufenden Kosten zur Hälfte aus Eintrittsgeldern. Durchschnittlich deckten die Bäder ihre Kosten nur zu einem Drittel aus eigenen Einnahmen. Von einem Euro Freibadkosten zahlen die Besucher 32 Cent und die Steuerzahler 68 Cent, berichten die Steuerwächter. Das gilt in etwa auch für die Freibäder in Dam-

me, Dinklage, Bersenbrück und Twistringen.

Einen wahren Geldregen im Jahrhundertsommer 2003 ergoss sich hingegen über die Freibadbetreiber in Löhne. Hier finanzierten die Wasserratten durch ihre Eintrittsgelder das Bad zu über 56 Prozent. In Diepholz erwirtschafteten die Betreiber immerhin 48 Prozent der laufenden Kosten.

Baden gehen können nach Ansicht des Steuerzahlerbunds die Betreiber des Freibads in Steinfeld. Sie deckten die Kosten nur zu knapp 29 Prozent.

Statistisch gesehen wird jeder Badegast in Niedersachsen mit



Sprung in eine Steueroase: Für jeden Gast eines niedersächsischen Freibads – wie hier in Damme – zahlen die Steuerzahler durchschnittlich 3,52 Euro pro Jahr als Subvention. Foto: Lammert

3,52 Euro pro Jahr vom Steuerzahler subventioniert, in kleineren Gemeinden bis 20000 Einwohner sind es immerhin noch 2,62 Euro pro Gast, heißt es in einer Pressemitteilung.

Der Bund der Steuerzahler empfiehlt, private Initiativen wie Bürger- und Fördervereine mit ins Boot zu holen. So wie in Cuxhaven, wo das Freibad Steinmarne nach der Privatisierung sogar neun Prozent Gewinn machte. Daneben kämen auch Kooperationen zwischen den Gemeinde Badbetreiber ihre Einnahmen durch Vermietung von Werbeflächen und Partys aufbessern.